

Datum

10. April 2019

Keine Kassenzulassung für Bluttest auf Trisomie 21

Gegen eine Kassenzulassung des Bluttests auf Trisomie 21 spricht sich der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Prof. Dr. Thomas Sternberg, aus. Anlässlich der morgigen Orientierungsdebatte des Deutschen Bundestags über die Frage der Kassenzulassung dieses nichtinvasiven pränataldiagnostischen Tests warnt er vor einer weiteren Normalisierung dieser Untersuchung.

„Ich befürchte, dass die unhinterfragte Verfügbarkeit dieses vermeintlich harmlosen Instruments am Ende einer selektiven Mentalität den Weg bahnt“, so Sternberg. „Es ist mit einem weiteren Anstieg bei den Abtreibungen dieser Kinder mit dem sogenannten Down-Syndrom zu rechnen. Damit wird nicht nur ihr grundlegendes Lebensrecht angetastet, sondern auch ausgeblendet, dass die meisten Menschen mit dieser Beeinträchtigung ein gutes Leben führen können.“

Schon seit einigen Jahren stehe ein solcher Test den werdenden Eltern für einen inzwischen niedrigen dreistelligen Betrag zur Verfügung. „Eine Kassenzulassung und damit eine weitere Normalisierung dieser Variante der vorgeburtlichen Diagnostik lehne ich entschieden ab“, unterstreicht der ZdK-Präsident. „Es darf nicht dazu kommen, dass sich Eltern dafür rechtfertigen müssen, wenn sie diese leicht zugängliche Diagnostik, die keinen therapeutischen Nutzen verspricht, bewusst nicht in Anspruch nehmen.“

Zwar gebe es auch Argumente für die Kassenzulassung dieses Tests, wie den gesellschaftlichen Nutzen durch weniger invasive Fruchtwasseruntersuchungen und eine stärkere gesellschaftliche Kontrolle des Markts diagnostischer Angebote. Dem stünden aber viel größere gesellschaftliche Kosten und ein viel größerer gesellschaftlicher Schaden gegenüber, wenn es zur Verfestigung und Standardisierung einer selektiven Mentalität komme.

Die größte Gefahr liege dabei nicht in dem Test und dem Wissen, das durch ihn gewonnen werden kann, sondern darin, dass es zu einem Automatismus kommen kann, die Schwangerschaft bei dem Befund Trisomie 21 nicht fortzusetzen. „Solche Automatismen gilt es zu durchbrechen, zum Beispiel durch die Verknüpfung der Durchführung des



Test mit einer vorherigen und im Falle eines positiven Befundes auch mit einer anschließenden unabhängigen psychosozialen Beratung“, fordert Sternberg.

Ausdrücklich begrüßt er die Gelegenheit zu einer Orientierungsdebatte im Deutschen Bundestag. Es sei wichtig, dass die Debatte, bei der es um eine wichtige sozialetische und gesellschaftspolitische Weichenstellung geht, auch dadurch öffentlicher wird und sich nicht mehr nur in Fachzirkeln des Gesundheitswesens abspielt.

Der Präsident des ZdK ruft die Abgeordneten und den Bundesgesundheitsminister dazu auf, zu prüfen, welche Möglichkeiten der politischen Einflussnahme zu ergreifen sind, damit durch eine Kassenzulassung nicht ungewollt die Rechte von Menschen mit Behinderungen schwer verletzt werden.